

Telefon: 233 – 24538
233 – 22424
233 – 22789
Telefax: 233 – 22868

**Referat für Stadtplanung
und Bauordnung**
Stadtplanung
HA II/56
HA II/60V

Münchner Nordosten

A) Personalbedarf

B) Erhöhung Gesamtkosten Ideenwettbewerb

Stadtbezirk 13 Bogenhausen
Stadtbezirk 15 Trudering-Riem

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 12642

Anlagen:

1. Lageplan mit Stadtbezirkseinteilung
2. Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 10.10.2018 (VB)

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Zuständig für die Entscheidung ist die Vollversammlung des Stadtrates, da bereits gebilligte Haushaltsmittel aus dem Vollversammlungsbeschluss vom 13.12.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07772) aufgrund der geänderten Projektstruktur teilweise einem neuen Verwendungszweck zugeführt werden müssen (siehe Buchstabe B des Vortrags der Referentin).

Darüber hinaus ergibt sich die Vollversammlungspflicht gemäß § 4 Nr. 9b der Geschäftsordnung des Stadtrats der Landeshauptstadt München (GeschO), da es sich bei allen im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Münchner Nordosten stehenden Planungs-, Vorbereitungs- und Durchführungsprozessen um Angelegenheiten handelt, die aufgrund ihrer räumlichen Dimension sowie ihrer möglichen Entlastungswirkung für den angespannten Wohnungsmarkt die Entwicklung der Stadt entscheidend betreffen.

A) Personalbedarf

1. Problemstellung/Anlass

Im Frühjahr 2017 hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung gemäß des Beschlusses der Vollversammlung vom 25.01.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07772) eine öffentliche Diskussion der aktuellen Planungen durchgeführt.

Im daraufhin folgenden Beschluss der Vollversammlung vom 13.12.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09400) wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, einen umfassenden städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb durchzuführen, um den Ideenfächer neben den bislang ausgearbeiteten Varianten um weitere Strukturüberlegungen zu erweitern. Ein Beschluss zu den Eckdaten des Wettbe-

werbs wird derzeit im Referat für Stadtplanung und Bauordnung erarbeitet und soll Anfang 2019 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Vorbereitung und Gewährleistung einer zügigen Umsetzung der sich damit nunmehr schnell konkretisierenden Planungen für den Münchner Nordosten lösen sowohl bei der Verwaltung (HA II/60V) als auch bei der Grünplanung (HA II/5) einen Personalbedarf von jeweils 1 VZÄ (Vollzeitäquivalent) aus.

Bei den auf beiden Stellen auszuführenden Tätigkeiten handelt es sich um Arbeitsleistungen zur Erfüllung gesetzlicher Pflichtaufgaben (gemeindliche Bauleitplanung) im Rahmen des Vollzugs des Baugesetzbuchs. Aufgrund des anhaltend hohen Entwicklungsdrucks und des langen Realisierungszeitraums von großen städtebaulichen Maßnahmen bzw. der Sonderprojekte sind die Stellenneuzuschaltungen als auf Dauer ausgelegt zu klassifizieren.

Die Stellenforderungen sowohl für das VZÄ SB Recht als auch für das VZÄ SB Grünplanung ergeben sich aufgrund inhaltlich/qualitativer Aufgabenmehrungen und -ausweitungen. Im Falle der SB Grünplanung kommen im Hinblick auf die Beurteilung der Agrarstruktur im Stadtgebiet auch neue bzw. qualitativ veränderte Aufgabenstellungen hinzu.

2. Stellenbedarf

a) SB Recht

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beabsichtigt, gemeinsam mit den betroffenen Grundstückeigentümerinnen und -eigentümern kooperative Modelle zu entwickeln, die den Anforderungen einer so komplexen Entwicklung wie im Münchner Nordosten gerecht werden. Im Unterschied zu kleinteiligen, bereits erschlossenen innerstädtischen Flächen kann die Entwicklung des Münchner Nordostens nur durch begleitende infrastrukturelle Maßnahmen und eine neue Erschließung des Raumes gewährleistet werden. Daher sollen Kooperationsmodelle ausgearbeitet werden, die einerseits die Finanzierbarkeit der Maßnahme durch den städtischen Haushalt sicherstellen, andererseits aber zugleich einen gerechten Ausgleich mit den Interessen der Eigentümerinnen und Eigentümer ermöglichen. Die ersten Gespräche mit betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümern haben gezeigt, dass die Entwicklung mittels städtebaulicher Verträge eine realistische Option darstellen wird. Vor Beginn entsprechender Vertragsverhandlungen müssen die rechtlichen Grundlagen einer solchen einvernehmlichen Entwicklung geklärt werden. Dabei sind unterschiedliche vertragliche Gestaltungsmöglichkeiten zu erarbeiten und rechtlich zu bewerten; auf die unterschiedlichen Ausgangslagen bei den Eigentümerinnen und Eigentümern ist zwingend Rücksicht zu nehmen. Entsprechende Kooperationsmodelle müssen daher sowohl in rechtlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht sorgfältig geprüft werden. So ist zum einen die Gleichbehandlung aller Eigentümerinnen und Eigentümer zu gewährleisten, zum anderen müssen die entsprechenden Modelle ggf. auf den Einzelfall angepasst werden. Dies bedeutet im Hinblick auf die hohe Zahl der Eigentümerinnen und Eigentümer (nach derzeitigen Stand ca. 500) einen erheblichen Aufwand.

Daneben werden sich mit fortschreitender Konkretisierung der Planungen im Münchner Nordosten auch vermehrt rechtliche Fragestellungen in planungsrechtlicher, vergaberechtlicher und privatrechtlicher Hinsicht ergeben.

Es resultieren insbesondere die folgenden neue Aufgaben (0,5 VZÄ):

- Abklärung rechtlicher Möglichkeiten und Rahmenbedingen im Dialog mit mehr als 500 Einzeleigentümerinnen und -eigentümern
- Vorbereitung, Entwicklung und Prüfung von Kooperationsmodellen auf vertraglicher Basis
- Ggf. Betreuung und Abwicklung von Förderprojekten
- Rechtliche Vorbereitung bzw. Betreuung von Vergabeverfahren
- Mitwirkung an der Projektsteuerung
- Verhandlungen über Vertragsinhalte, Rahmenbedingungen
- Intensive rechtliche Betreuungsleistung auch in Umsetzungsprozessen und Vertragskontrolle weit über den zeitlichen Rahmen der Bauleitplanverfahren hinaus

Die qualitative Aufgabenmehrung betrifft insbesondere folgende Tätigkeiten (0,5 VZÄ):

- rechtliche Betreuung der Bauleitplanung nach Konkretisierung der Teilgebiete
- rechtliche Prozessbegleitung
- Mitwirkung an der Erstellung von Beschlussvorlagen

Wie oben dargestellt, setzt sich das VZÄ SB Recht aus einem 0,5 VZÄ für neue Aufgaben und einem 0,5 VZÄ für qualitative Aufgabenausweitung zusammen.

b) SB Grünplanung

Aufgrund des enorm gestiegenen baulichen Entwicklungsdrucks der Stadt werden insbesondere im Zuge der Strategien zur langfristigen Siedlungsentwicklung auch landwirtschaftlich und gartenbaulich genutzte Flächen für Stadterweiterungen in Betracht gezogen. Dies erfasst die Flächen im Münchner Grüngürtel – und damit auch das Untersuchungsgebiet. Seitens der Grünplanung müssen daher insbesondere für die Belange des Land- und Gartenbaus zukunftsfähige Strategien und Perspektiven für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen im Münchner Grüngürtel und darüber hinaus entwickelt werden. Im Kontext verschiedener Planungsaufgaben und -verfahren der Stadt- und Landschaftsentwicklung hat sich bereits gezeigt, dass über die Landnutzungen im Münchner Grüngürtel keine hinreichend konkreten und aktuellen Grundlageninformationen vorliegen. Die letzte agrarstrukturelle Vorplanung für das Stadtgebiet wurde vor rund 30 Jahren durchgeführt. Seitdem hat sich die Situation der in München und im Münchner Grüngürtel wirtschaftenden landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe auch durch die fortschreitende Siedlungsentwicklung an den Rändern der Landeshauptstadt stark verändert.

Fundierte fachliche Kenntnisse der bestehenden Agrarbetriebsstrukturen und zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten stellen eine wichtige Grundlage für die weiteren Planungsprozesse, die Grundstücksverhandlungen und die Planungskommunikation dar. Unabhängig von der integrierten Berücksichtigung der damit verbundenen Belange in den benannten Planungsprozessen hat sich die Landeshauptstadt München auch bereits seit längerem zum Ziel gesetzt, eine zukunftsfähige Entwicklung der Landwirtschaft im Stadtgebiet durch geeignete Maßnahmen und Kooperationsprojekte zu begleiten und zu fördern. In diesem Zusammenhang sind etwa die Projekte zur Etablierung von Krautgartenstandorten und zur Förderung der Direktvermarktung im Stadtgebiet zu nennen.

Vor diesem Hintergrund sollen entsprechende agrarstrukturelle Untersuchungen sukzessive für die relevanten Bereiche des Stadtgebietes erstellt werden und eine Stelle zur Koordinierung agrarstruktureller Belange in der Stadtplanung geschaffen werden. Die vorliegende Beantragung einer neuen Stelle zur fachlichen Begleitung des Themas Agrarstruktur bzw. landwirtschaftlicher Belange in Planungsprozessen korrespondiert daher mit der Beantragung der Sachmittel für den Werkauftrag (Beschlussvorlage „Agrarstrukturelle Untersuchungen“ geplant für Ende 2018).

Die qualitative Aufgabenmehrung bzw. die neuen Aufgaben im Bereich des VZÄ SB Grünplanung betreffen folgende Bereiche:

- Erheben von konkreten aktuellen Grundlageninformationen zu Landnutzungen im Münchner Grüngürtel (insbesondere Landwirtschaft und Gartenbau) auf Basis von ausführlichen Befragungen sowie Workshops mit den Landnutzerinnen und Landnutzern
- Erstellen von agrarstrukturellen Untersuchungen sukzessive für die relevanten Bereiche des Stadtgebietes
- Koordinierung, Erhebung und Auswertung von Daten der räumlichen Agrarstruktur bzw. der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen
- Vermittlung und Aufbereitung dieser Aspekte in die räumliche Planung und direkter Austausch auch über Informationsveranstaltungen und Workshops mit den Landnutzerinnen und Landnutzern
- Konzeptionelle und strategische Erarbeitung und Begleitung von landschaftlichen Strukturkonzepten
- Mitwirkung an der Vergabe und fachlichen Betreuung notwendiger Gutachten
- Fachliche Abstimmung und Kommunikation zwischen den an der Planung beteiligten städt. Dienststellen und externen Beteiligten
- Mitwirkung bei Wettbewerben, Öffentlichkeitsverfahren
- Mitwirken bei der Erstellung von Beschlussvorlagen

2.1. Neue Aufgaben

2.1.1. Geltend gemachte Bedarfe (in Stellen VZÄ)

0,5 VZÄ SB Recht, A 13 Nichttechnischer Dienst, 4. Qualifikationsebene

2.1.2. Bemessungsgrundlage

Der Bedarf wurde anhand einer summarischen Stellenbemessung geschätzt. Es liegen Erfahrungswerte von weitestgehend vergleichbaren und entsprechend in BesGr. A 13 bzw. E 13 TVÖD eingewerteten Positionen der Sachbearbeitung Bauleitplanung oder Recht in den Planungsbezirken bzw. der Sachbearbeitung in der Abteilung Grünplanung vor.

2.2. Inhaltlich/qualitative Aufgabenausweitung

2.2.1. Aktuelle Kapazitäten

a) SB Recht

In der HA II/6 sind laut Stellenplan derzeit 2 VZÄ für Juristen im Verwaltungsdienst eingesetzt.

b) SB Grünplanung

In der HA II/5 sind laut Stellenplan derzeit keine VZÄ für die benannten Aufgaben zur Koordinierung agrarstruktureller Untersuchungen eingesetzt.

2.2.2. Zusätzlicher Bedarf

a) SB Recht

0,5 VZÄ SB Recht, A 13 Nichttechnischer Dienst, 4. Qualifikationsebene

b) SB Grünplanung

1,0 VZÄ SB Grünplanung, E 13 TVÖD oder A 13 - Technischer Dienst, 4. Qualifikationsebene

2.2.3. Bemessungsgrundlage

b) SB Recht

Auch hier wurde der Bedarf anhand einer summarischen Stellenbemessung geschätzt. Es liegen hier ebenfalls Erfahrungswerte von weitestgehend vergleichbaren und entsprechend in BesGr. A 13 eingewerteten Positionen der Sachbearbeitung Bauleitplanung bzw. Recht in den Planungsbezirken vor.

Die planerisch-konzeptionelle Komponente der Aufgaben liegt insbesondere in der Ausarbeitung umfangreicher und allgemein verwendbarer Vertragsvorlagen, die von bisherigen Mustern und Vorgehensweisen abweichen und für eine Vielzahl von Fällen geeignet sind.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung bestätigt, dass vor der Geltendmachung der genannten zusätzlichen Kapazitätsbedarfe die internen Geschäftsprozesse modelliert und optimiert wurden. In diesem Zusammenhang wird insbesondere auf den am 16.03.2016 gefassten Beschluss zur „Optimierung der Bebauungsplanverfahren...“ verwiesen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04459), die eine umfangreiche Reformierung der Arbeitsprozesse innerhalb der HA II zur Folge hatte. Mit der Mitte 2017 neu entstandenen Abteilung II/6 ging auch eine interne Neustrukturierung von Arbeitsabläufen und internen Zuständigkeitsverschiebungen zur Optimierung der laufenden Geschäftsprozesse einher.

b) SB Grünplanung

Auch hier wurde der Bedarf anhand einer summarischen Stellenbemessung geschätzt. Es liegen hier ebenfalls Erfahrungswerte von weitestgehend vergleichbaren und entsprechend in BesGr. A 13 bzw. E 13 TVÖD eingewerteten Positionen der Sachbearbeitung in der Abteilung Grünplanung vor.

Die planerisch-konzeptionelle Komponente der Aufgaben liegt zum einen in der planvollen Erhebung agrarstruktureller Belange und Parameter sowie einer darauf aufbauenden Erarbeitung bzw. Koordinierung von teilräumlichen und stadtweiten Fachkonzepten, die sich an agrarstrukturellen Vorplanungen oder Entwicklungsplanungen orientieren. Eine weitere planungsbezogene Aufgabe liegt zum anderen in der frühzeitigen Einbeziehung und intensiven Mitwirkung in integrierten Planungs- und Entwicklungsprozessen. Hier ist eine enge Verknüpfung mit stadt- und landschaftsplanerischen Inhalten gegeben. Entsprechende Methodenkenntnis und Praxiserfahrung in dieser Form der integrierten Planung wird daher bei dieser Stelle vorausgesetzt.

Die Wahrnehmung der oben genannten Aufgaben erfordert neben sehr speziellen und erhöhten fachlichen sowie kommunikativen Kenntnissen insofern auch besondere Erfahrung in der Mitarbeit an integrierten Planungen. Der Aufgabenbereich muss außerordentlich fundiert und eigenverantwortlich sowohl innerhalb der Planungsteams als auch gegenüber relevanten Fachdienststellen und der betroffenen Öffentlichkeit vertreten werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine Einstufung der Stelle im höheren Dienst erforderlich.

2.3. Alternativen zur Kapazitätsausweitung

Die genannten Leistungen können mit der derzeitigen Personalausstattung sowohl in der HA II/6 als auch in der HA II/5 nur zulasten einer zügigen Umsetzung anderer Projekte und Sonderplanungen erfüllt werden.

Im Referat für Stadtplanung und Bauordnung sind derzeit keine personellen und bezogen auf die agrarstrukturellen Themenstellungen auch keine hinreichenden fachlichen Kapazitäten zur Koordinierung und Durchführung dieser spezifischen Tätigkeiten vorhanden und es können aufgrund der dringlichen Aufgaben insbesondere im Rahmen der Bauleitplanverfahren auch keine personellen Ressourcen frei gemacht werden. Der erhöhte Bearbeitungs- und Koordinationsaufwand mit zahlreichen internen und externen Akteuren erfordert eine personelle Aufstockung sowohl im Bereich der Verwaltung als auch in der Grünplanung.

a) SB Recht

Für die Abteilung HA II/6, die für Sonderplanungen und Projektentwicklungen (u. a. Bayernkaserne, Schulbauoffensive, Entwicklung Münchner Norden, BMW FIZ) zuständig ist, stehen zwei VZÄ für Juristinnen/Juristen, davon eine Stelle als Teamleitung des Verwaltungsteams, zur Verfügung. Deren Kapazitäten sind durch die laufenden Planungen bereits ausgeschöpft. Daher ist zur Bewältigung dieser neuen Aufgaben eine Personalausstattung einer Juristin bzw. eines Juristen in der 4. Qualifikationsebene erforderlich.

Im Falle einer Priorisierung des Projekts würde eine Bearbeitung zwangsläufig zu Lasten anderer Sonderprojekte (z. B. Schulbauoffensive, Münchner Norden), die insbesondere die zügige Schaffung von Wohnraum zum Ziel haben, stattfinden.

Bei Verzicht auf die Stellenzuschaltung ergäben sich erhebliche zeitliche Verzögerungen bei der Schaffung der Planungs- und Realisierungsvoraussetzungen für die Siedlungsentwicklung im Münchner Nordosten.

b) SB Grünplanung

Wenn keine Zuschaltung erfolgt, können die oben benannten Aufgaben zur Koordinierung agrarstruktureller Untersuchungen und zu deren Implementierung in Konzepten und Verfahren der Stadtplanung nicht wie beabsichtigt durchgeführt werden. Voraussichtlich würde dies auch negative Auswirkungen auf die Qualität und die Akzeptanz von notwendigen Stadtentwicklungsvorhaben im Bereich des Grüngürtels haben.

2.4. Zusätzlicher Büroraumbedarf

Ein zusätzlicher Flächenbedarf entsteht nicht. Da dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung Anfang 2020 neue Räume zugewiesen werden, die derzeit vom Kommunalreferat belegt sind, kann das zusätzlich beantragte Personal aus Sicht des Referates für Stadtplanung und Bauordnung untergebracht werden. Bis zur Freisetzung der Flächen des Kommunalreferates erfolgt die Unterbringung durch temporäre Nachverdichtung.

3. Darstellung der Kosten und der Finanzierung

Die Personalkosten im Referat für Stadtplanung und Bauordnung stellen sich wie folgt dar:

	Jährlicher Mittelbedarf	Kostenstelle
1 Stelle Sachbearbeitung Recht A 13	63.190 €	18260000
1 Stelle Sachbearbeitung Grünplanung E13/A13	75.920 €	18250000
Summe:	139.110 €	

Die Sachkosten stellen sich wie folgt dar:

Arbeitsplatzkosten (ab 2020 dauerhaft)	1.600 € (800 € pro Arbeitsplatz)
Arbeitsplatz-Ersteinrichtung (einmalig, investiv in 2019)	4.740 € (2.370 € pro Arbeitsplatz)

3.1. Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	bis zu 140.710 € ab 2019		
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	139.110 € ab 2020	139.110 € in 2019	
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)**			
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)	1.600 € ab 2020		
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	2 VZÄ		

Die nicht zahlungswirksamen Kosten (wie z. B. interne Leistungsverrechnung, Steuerungsumlage, kalkulatorische Kosten) können in den meisten Fällen nicht beziffert werden.

* Bei Besetzung von Stellen mit einem Beamten/einer Beamtin entsteht im Ergebnishaushalt zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 40 Prozent des Jahresmittelbetrages.

** ohne arbeitsplatzbezogene IT-Kosten

3.2. Nutzen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

Der Nutzen, der nicht durch Kennzahlen beziffert werden kann, ergibt sich aus den Inhalten des Sachvortrages.

3.3. Auszahlungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten (entspr. Zeile S5 des Finanzrechnungsrechnungs-schemas)		4.740 € in 2019	
davon:			
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden (Zeile 20)			
Auszahlungen für Baumaßnahmen (Zeile 21)			
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Vermögen (Zeile 22)		4.740 € in 2019	
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Zeile 23)			
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Zeile 24)			
Auszahlungen für sonstige Investitionstätigkeit (Zeile 25)			

3.4. Nutzen im Bereich der Investitionstätigkeit

Der Nutzen, der nicht durch Kennzahlen beziffert werden kann, ergibt sich aus den Inhalten des Sachvortrages.

3.5. Finanzierung

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen.

Die zusätzlich benötigten Auszahlungsmittel sollen nach positiver Beschlussfassung in den Schlussabgleich für den Haushaltsplan 2019 aufgenommen werden. Die beantragte Ausweitung entspricht den Festlegungen für das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Eckdatenbeschluss für den Haushalt 2019; siehe Nr. 23 der Liste der geplanten Beschlüsse des Referats für Stadtplanung und Bauordnung.

B) Erhöhung Gesamtkosten Ideenwettbewerb

Mit dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 13.12.2017 „Städtebauliche Entwicklung Münchner Nordosten – Wettbewerbsverfahren und Öffentlichkeitsarbeit – Finanzausstattung“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 09400) hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung für den städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 624.750,- € (brutto) erhalten. Die für die wettbewerbsbegleitende Öffentlichkeitsarbeit erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 150.000,- € (brutto) stehen aus dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 16.03.2016 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04459) „Optimierung der Bebauungsplanverfahren...“ zur Verfügung.

Eine zwischenzeitlich aktualisierte Kostenschätzung ergab, dass für das Wettbewerbsverfahren notwendige Mehrkosten in Höhe von ca. 214.000 € (brutto) zu erwarten sind.

Diese Mehrkosten ergeben sich, da

- der Ideenwettbewerb komplett offen, d. h. ohne vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb, erfolgen soll; damit sind bei einer hohen Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern ggf. über mehrere Tage andauernde Preisgerichtssitzungen (sowie damit verbundene Kosten für Honorar, Raummiete, Catering etc.) erforderlich. Der Vorteil hiervon ist, dass mit einer hohen Teilnehmendenzahl auch die Anzahl an möglichen Entwicklungsperspektiven für den Münchner Nordosten erhöht und damit der Ideenfächer breiter aufgespannt wird.
- die Vergütung für den Ideenankauf soll höher angesetzt werden als ursprünglich angenommen, um eine hohe Anzahl an Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmern und eine bessere Qualität der Arbeiten zu erreichen.

Für die Finanzierung der Mehrkosten werden keine zusätzlichen Gelder erforderlich. Diese sollen aus dem Beschluss der Vollversammlung vom 13.12.2017 „Münchner Nordosten – Beginn der Öffentlichkeitsbeteiligung auf Grundlage der Varianten...“ (Sitzungsvorlage Nr. 14 -20 / V 07772) finanziert werden. Das Wettbewerbsergebnis tritt an die Stelle des Gesamtkonzepts, so dass eine inhaltlich kohärente Verwendung der Mittel sichergestellt ist.

Die Beschlussvorlage ist mit dem Personal- und Organisationsreferat, der Stadtkämmerei und dem Kommunalreferat abgestimmt.

Das Personal- und Organisationsreferat hat in seiner Stellungnahme vom 28.08.2018, der sich die Stadtkämmerei in seiner Stellungnahme vom 30.08.2018 angeschlossen hat, ausgeführt, dass der in der Sitzungsvorlage dargestellte Personalbedarf der Höhe zum Teil (1,0 VZÄ der insgesamt 2,0 VZÄ) nach nicht nachvollziehbar ist. Eine Begründung hierfür ist nicht enthalten.

Eine Auseinandersetzung mit der Stellungnahme kann aufgrund der fehlenden Begründung daher leider durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nicht erfolgen. Somit wird auf Eckdatenbeschluss vom 25.07.2018 sowie den Vortrag der Referentin in dieser Vorlage verwiesen.

Beteiligung der Bezirksausschüsse

Die Satzung für die Bezirksausschüsse sieht in der vorliegenden Angelegenheit kein Anhörungsrecht der Bezirksausschüsse vor.

Die Bezirksausschüsse der Stadtbezirke 13 Bogenhausen und 15 Trudering-Riem haben Abdrucke der Vorlage erhalten.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Rieke, und der zuständigen Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Messinger, ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes:

1. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Einrichtung von zwei unbefristeten Stellen (2 VZÄ) in der Hauptabteilung II – Stadtplanung sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
2. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die ab 2019 erforderlichen Haushaltsmittel für die Personalauszahlungen in Höhe von 139.110 € jährlich im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung bei der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat (Personal) anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit einer Beamtin, einem Beamten (A 13) zusätzlich zu den Personalauszahlungen jeweils ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 25.276 €.

3. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die ab 2020 jährlich dauerhaft erforderlichen konsumtiven Sachmittel für die Arbeitsplatzkosten in Höhe von 1.600 € im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 sowie die 2019 erforderlichen investiven Sachkosten für die Ersteinrichtung der Arbeitsplätze in Höhe von 4.740 € für den Haushalt 2019 anzumelden.
4. Das Produktkostenbudget des Produktes 38511200 Stadtplanung erhöht sich dauerhaft um 139.110 € (ab 2019) und um weitere 1.600 € (ab 2020), die in dieser Höhe auch zahlungswirksam sind (Produktauszahlungsbudget).
5. Der Erhöhung der Gesamtkosten für den städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb von 624.750 € (brutto) auf 988.750 € (brutto) (siehe Buchstabe B des Antrags der Referentin) wird zugestimmt. Aufgrund projektinterner Mittelum-schichtungen wird kein neuer Finanzbedarf ausgelöst.
6. Der Beschluss unterliegt der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig entschieden.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Der / Die Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister/-in

Prof. Dr.(I) Merk
Stadtbaurätin

IV. Abdruck von I. - III.

Über die Verwaltungsabteilung des Direktoriums, Stadtratsprotokolle (SP)
an das Direktorium Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

V. WV Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/60V

zur weiteren Veranlassung.

Zu V.:

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An das Direktorium HA II – BA (2x)
3. An den Bezirksausschuss 13 Bogenhausen
4. An den Bezirksausschuss 15 Trudering-Riem
5. An das Personal- und Organisationsreferat
6. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 1
7. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 2
8. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – SG 3
9. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II
10. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II/01
11. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/5
12. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/56
13. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/6
14. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/60V
15. An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – HA II/62P
16. An die Stadtkämmerei
mit der Bitte um Kenntnisnahme.
17. Mit Vorgang zurück zum Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II/60V

Am

Referat für Stadtplanung und Bauordnung HA II/60V